

Strukturveränderungen im Ruhrgebiet

Krise und Wandel

Heinz-Werner Meyer, geb. 1932 in Hamburg-Harburg, nach dem Besuch der Volksschule zunächst Berglehrling im Steinkohlenbergbau, anschließend Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Seit 1957 Sekretär der IG Bergbau und Energie (IG BE) und seit November 1969 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG BE sowie Leiter der Hauptabteilung Organisation/Finanzen. Im November 1984 wurde er zum 2. Vorsitzenden und im September 1985 zum 1. Vorsitzenden der IG BE gewählt. Er gehörte von 1975 bis 1985 dem Landtag von Nordrhein-Westfalen und seit 1987 dem Deutschen Bundestag an.

Die Kohlenkrise der sechziger Jahre

Entwicklungen und Ereignisse im Ruhrgebiet, die zur Zeit bundesweit für Schlagzeilen sorgen - Demonstrationen, Mahnwachen, Straßenblockaden -, bringen in Erinnerung, was sich in einer vergleichbaren Situation in den sechziger Jahren bereits schon einmal in dieser Region abgespielt hat. Und gewiß nicht zufällig knüpfte das Motto der „Menschenkette“ der IG Metall am 23. Februar 1988 „Tausend Feuer an der Ruhr - Gemeinsam für das Revier“ an den damals wohl von Rainer Barzel geprägten und seither häufig zitierten Satz an: „Wenn es an der Ruhr brennt, reicht das Wasser im Rhein nicht, um das Feuer zu löschen.“

Vor gut 20 Jahren, am 21. Oktober 1967, demonstrierten tausende empörter Bergleute und mit ihnen viele andere Menschen des Reviers in Dortmund-Huckarde mit roten Fahnen und grimmigen Parolen. Mit Spruchbändern wie „Kühn und Schiller - Zechenkiller“ empfingen sie beispielsweise den nach Huckarde gekommenen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen und den Wirtschaftsminister der „Großen Koalition“ in Bonn.

Kurz zuvor hatte die Gelsenkirchener Bergwerke AG bekanntgegeben, sie wolle die Zechen Hansa in Huckarde und Pluto in Wanne-Eickel stilllegen. Ähnlich wie die Ankündigung der Stilllegung des Hüttenwerkes in Rheinhausen durch die Krupp AG vor wenigen Wochen wirkte das wie der sprichwörtliche Tropfen, der in diesem Fall ein Faß der Erregung und des Zorns zum Überlaufen brachte.

Im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, der seit 1957 immer stärker unter den Druck des billig auf die deutschen Märkte drängenden Erdöls geraten war und von diesem zunehmend aus traditionell bedeutenden Absatzbereichen verdrängt wurde, waren seitdem bereits 76 Schachtanlagen stillgelegt und 260 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Allein 1966/67 verloren von den dann noch 305 000 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau abermals 25 Prozent, insgesamt 76 000, ihren Arbeitsplatz. Und vor dem Hintergrund der seit 1966 auch das Ruhrgebiet treffenden ersten spürbaren Konjunkturkrise der Nachkriegszeit war es völlig ungewiß, ob die Probleme weiterhin durch „normale“ Fluktuation und die Chance eines anderen Arbeitsplatzes im Revier aufgefangen werden könnten. Die Bergleute spürten vielmehr, daß ihnen die Entlassung in die Arbeitslosigkeit drohte und die Zukunftschancen ihrer Kinder in Gefahr geraten würden, wenn nicht endlich der politische Wille aufgebracht würde, die chaotischen Entwicklungen auf den heimischen Energiemärkten aufzufangen und die Anpassungsprozesse im Steinkohlenbergbau in geordnete Bahnen zu lenken.

Ohne Initiative des Staates und ohne ein dafür schlüssiges Gesamtkonzept drohte sich die anhaltende Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus zu einer schlimmen Gefährdung der Wirtschaftskraft des gesamten Ruhrgebiets zu entwickeln, mit unabsehbaren Risiken und Konsequenzen für die Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik insgesamt.

Tatsächlich entsprach die damals erstmals von vielen beklagte „einseitige Ausrichtung“ des Ballungsgebietes zwischen Ruhr und Lippe auf die Montanindustrien ihrem über Jahrzehnte von allen gewollten - weil notwendigen - Beitrag zur Sicherung der volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung in Deutschland beziehungsweise in der Bundesrepublik. Kohle und Stahl waren die Voraussetzung für die Wiederingangsetzung der industriellen Tätigkeit in der Bundesrepublik in den Nachkriegsjahren und die entscheidende Basis für die immense Steigerung des quantitativen wirtschaftlichen Wachstums im Verlauf der fünfziger Jahre. Nicht zufällig sind damals die öffentlichen und privaten Hilfen, die bis weit in die fünfziger Jahre den Montanindustrien und der Region zur Sicherung dieser Funktion zugute kamen, nicht einmal bei den überzeugtesten Marktwirtschaftlern auf Kritik, sondern ganz allgemein auf Zustimmung gestoßen.

Wie sehr es auch weiterhin auf die politische Verantwortung dafür ankam, „im Interesse einer sicheren und auf lange Sicht auch preisgünstigen Energieversorgung . . . die heimischen Energiequellen zu erhalten“, hatte die IG Bergbau und Energie bereits in der frühen Phase der Kohlenkrise in ihrem „Memorandum zur Lage im Steinkohlenbergbau“ vom 7. April 1962 unterstrichen. Und tatsächlich haben bereits wenige Jahre später, nach der Ölkrise der Jahre 1973/74, viele bestätigt, daß es vor allem auch dem entscheidenden Einsatz der IG Bergbau und Energie in den sechziger Jahren zu verdanken war, daß die Volkswirtschaft der Bundesrepublik deren Auswirkungen in einer im internationalen Vergleich relativ kurzen Zeit aufzufangen vermochte.

Bewältigung einer Krise: Ruhrkohle AG und Gesetzgebungsmaßnahmen

Gewiß werden heute viele der Feststellung zustimmen, daß eine sich damals bereits dramatisch abzeichnende wirtschaftliche und soziale Krise im Ruhrgebiet aufgefangen und verhindert werden konnte, weil sich die IG Bergbau schließlich mit ihren mutigen Vorschlägen zur Bewältigung notwendiger und unvermeidbarer Anpassungsmaßnahmen, aber auch zur Entwicklung einer langfristigen Perspektive für den Steinkohlenbergbau und die gesamte Region durchgesetzt und dabei die erforderliche politische Unterstützung gefunden hat.

Die Gründung der Ruhrkohle AG und die Verabschiedung des begleitenden „Gesetzes zur Anpassung der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete“ brachten 1968 die entscheidende Wende.

Beides zusammen war nicht nur Grundlage dafür, daß der mit den auch danach wiederholt unvermeidbaren Anpassungsschritten verbundene Belegschaftsabbau durch ein deutlich verbessertes sozialpolitisches Instrumentarium und durch Formen unternehmensübergreifender Kooperation ohne Entlassungen in den Arbeitsmarkt bewältigt werden konnte.

Neben der erklärten Bereitschaft der sozialliberalen Koalitionen in Bonn und Düsseldorf, eine erhaltende Kohlepolitik als bewußte sektorale Strukturpolitik zur Sicherung der Energieversorgung zu betreiben, war dies zugleich die Voraussetzung für den Abschluß der Hüttenverträge zwischen Bergbau und eisenschaffender Industrie und deren Ergänzung durch die nachfolgenden Vertragswerke über die Lieferung von Steinkohle an die Kraftwerke. Letztere bildeten die Grundlage für die Sicherung der längerfristigen Perspektiven des Steinkohlenbergbaus und waren damit auch ein entscheidender Faktor für die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der gesamten Region.

Gleichwohl kann nicht übersehen werden, daß der auch von der IG Bergbau und Energie gewollte Produktivitätszuwachs, bedingt durch die Zusammenfassung in der Einheitsgesellschaft, bei nicht mehr steigender Förderung ganz unmittelbar den Verlust von Beschäftigung zur Folge hatte. Allerdings überwog die Einsicht, daß nur ein möglichst leistungsfähiger deutscher Steinkohlenbergbau die Chance zum Überleben im Markt bieten würde.

In diesem Zusammenhang sei an einen weiteren Aspekt des „Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete“ erinnert, der im Vergleich zu den anderen Teilen inzwischen zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist: Wie der Name des Gesetzes selbst bereits andeutet, sollte durch seine Wirkungen vor allem die Gesundung des Bergbaus mit der der Bergbaugebiete unmittelbar verbunden werden.

Bei Gründung der Ruhrkohle AG als Einheitsgesellschaft des Bergbaus im Ruhrrevier wurde das Vermögen vieler einzelner kleiner Bergbauunternehmen in die Ruhrkohle AG eingebracht. Aus diesem eingebrachten Bergbauvermögen entstand eine Kaufpreisforderung der ehemaligen Bergbaugesellschaften gegenüber der Ruhrkohle AG. Da sich diese Unternehmen von den zukünftig zu erwartenden Lasten des Steinkohlenbergbaus befreit hatten, wurde ihnen die Pflicht auferlegt, die so entstandene Kaufpreisforderung im Interesse der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen innerhalb von vier Jahren nach Entstehen dieser Forderung zu mindestens 95 Prozent zur Errichtung oder Erweiterung von Produktionsstätten in Steinkohlenbergbaugebieten zu investieren.

Dieses aus dem Zusammenspiel von gesetzlichen Regelungen entstandene Instrument auf der Grundlage des schon genannten „Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete“ und privatrechtlicher Regelungen, dem Grundvertrag über die Gründung der Ruhrkohle AG, war im Prinzip ein geeigneter Ansatz für die Bewältigung von regionalen Strukturproblemen.

Strukturwandel im Ruhrgebiet: Ergebnisse und Notwendigkeit

Obwohl es schon bald zum Erlaß der Einbringungsforderungen und damit zum Ende der Reinvestitionsverpflichtung gekommen ist, weil die Ruhrkohle AG nie in der Lage war, die zur Begleichung der Einbringungsforderungen der Gründungsgesellschaften notwendigen Gewinne zu erwirtschaften, war die Idee richtig, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region durch Erweiterungsinvestitionen und Neuansiedlung mit dem Anpassungsvorgang im Steinkohlenbergbau zu verbinden. Und gewiß käme es gerade auch heute wieder besonders darauf an, die diese Idee begründende regionale Gesamtbetrachtung stärker zu betonen und bei der Suche nach Ansatzpunkten für künftige Chancen und Möglichkeiten nicht allein die Probleme einzelner Unternehmen und einzelner Wirtschaftszweige in das Blickfeld zu rücken.

Zwar ist bekannt und anerkannt, daß in dem Industriegebiet an der Ruhr in den vergangenen zwei Jahrzehnten - von der Öffentlichkeit vielleicht zu wenig beachtet - ein erheblicher Modernisierungsprozeß stattgefunden hat. Nicht zuletzt unterstützt und begleitet durch öffentliche Initiativen ist es zu einem wichtigen Zentrum bei der Entwicklung von Umweltschutztechnologien in der Bundesrepublik geworden. Bei der Entwicklung von Filtern und Katalysatoren, von Steuerungsanlagen für den Kraftwerksbetrieb und für Verfahren der in ihrer Bedeutung künftig in der Region selbst noch zunehmenden Dekontaminierung von Böden und Gewässern, hat die Industrie an der Ruhr inzwischen die Weltspitze erreicht. Bekannt ist auch, daß sich beispielsweise die Stadt Dortmund inzwischen zu einem der wichtigsten Dienstleistungszentren der Bundesrepublik entwickelt hat. Obwohl noch weitere Beispiele für erfolgreichen Strukturwandel in der Vergangenheit hinzugefügt werden könnten, kann an den Arbeitsmarktzahlen deutlich abgelesen werden, daß trotz all dieser Entwicklungen lange nicht genügend neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, um den Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten in denjenigen Bereichen, die traditionell die Industriestruktur im Ruhrgebiet geprägt haben, auch nur annähernd auszugleichen.

Aufgrund von Veränderungen der Nachfrage und der Angebotsbedingungen auf dem heimischen Energiemarkt hat der Steinkohlenbergbau an der Ruhr seit dem Ende der sechziger Jahre noch einmal rund ein Drittel seiner Kapazitäten abbauen müssen. Im Zusammenhang mit der schon genannten Produktivitätssteigerung war der Verlust von Arbeitsplätzen noch höher. Denn die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau an der Ruhr hat sich seit dem Ende der sechziger Jahre nahezu halbiert, was bis 1987 den abermaligen Verlust von 89000 Arbeitsplätzen bedeutet. Wesentlich beeinflusst waren die Entwicklungen im Steinkohlenbergbau durch die sich aufgrund von Weltmarktbedingungen und der Situation des europäischen Wettbewerbs, seit 1974/75 in Phasen beschleunigenden Krise der Stahlindustrie: Sie hat seit 1974 mit insgesamt 57 000 mehr als ein Drittel ihrer Beschäftigten im Ruhrgebiet verloren.

In der gleichen Zeit, von 1974 bis 1987, ist die Zahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet von 65 000 auf mehr als 281 000 gestiegen und lag mit einer Quote von 15,1 Prozent im Jahre 1987 deutlich über dem Niveau für das gesamte Bundesgebiet und für das Land Nordrhein-Westfalen.

Diese regionalen Entwicklungen stellen seit Jahren auch an die Gewerkschaften große und schwierige Anforderungen. Dabei hat sich die IG Bergbau und Energie wiederholt nicht nur der Notwendigkeit unvermeidbarer Anpassungsschritte im Steinkohlenbergbau nicht verschlossen, sondern sogar immer wieder selbst die Initiative ergriffen, wenn es darauf ankam, kurzfristig auftauchende Probleme beherrschbar zu machen und die damit verbundenen Folgen sozial- und regionalverträglich zu bewältigen, um damit zugleich die Perspektiven für die Zukunft des Gesamten aufrecht zu erhalten. Und auch die IG Metall bestreitet heute nicht, daß es Überkapazitäten beim Stahl gibt.

Andererseits bleibt festzuhalten, daß ohne die Kohle und ohne den Stahl die bereits bestehenden Probleme im Ruhrgebiet Dimensionen gewinnen würden, die zumindest kurz- und mittelfristig kaum noch zu bewältigen wären. Immer noch sind hier 15 Prozent aller Beschäftigten im Steinkohlenbergbau oder in dessen Mantelindustrie tätig, etwa 30 Prozent der industriellen Arbeitnehmer im Ruhrgebiet arbeiten auch jetzt noch in der Montanindustrie. Mit jedem Verlust eines Arbeitsplatzes im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie verliert das Ruhrgebiet ein weiteres Stück seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundlage, wobei aufgrund der regionalen Verflechtung jeder fehlende Arbeitsplatz in der Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau zum Verlust eines weiteren Arbeitsplatzes in anderen Wirtschaftszweigen führt.

Vor diesem Hintergrund können nur der Praxis blind gegenüberstehende Markt-Theoretiker das Zusammenbrechen von Unternehmen und dadurch ausgelöste hohe Arbeitslosigkeit als unerläßliche Voraussetzung für einen Strukturwandel begreifen. Wenn Strukturwandel Strukturbruch ist, bedeutet das die Katastrophe für die betroffenen Regionen. Sie hat tiefste soziale Ungerechtigkeit und kaum zu bewältigende gesellschaftspolitische Probleme über Generationen hinweg zur Folge. Den Alten wird das Ergebnis und die Frucht langer Arbeitsjahre weggenommen, den Jungen wird die Zukunft geraubt. Das ist kein verantwortliches Handeln.

Heutzutage wird vielfach die wissenschaftlich belegte Erkenntnis ignoriert, daß kurz- und mittelfristig nur solche Branchen das Wachstum einer Region entscheidend beleben können, deren Anteil an der Industrieproduktion und Beschäftigung überwiegt. An der Ruhr geht das nicht ohne Kohle und Stahl, die direkt und indirekt über den vor- und nachgelagerten Bereich unverzichtbare Stützen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sind.

Nur wenn vorhandene Industriestrukturen gesichert werden, kann der industrielle Anschluß gelingen. Die Voraussetzungen dafür sind im Ruhrgebiet nicht schlecht. Eine hervorragende Infrastruktur und hochqualifizierte und motivierte Arbeitnehmer sind das eine, die Verbindung zu den Welt-

märkten durch Häfen, Kanäle und Rheinschiene ein anderes Plus für das Revier. Kaum eine Industrieregion verfügt über so viele Vorteile für langfristige Entwicklungschancen. Dazu gehören nach wie vor die leistungsfähigste Stahlindustrie Europas und der leistungsfähigste Steinkohlenbergbau der Welt. Betrachtet man den Maschinenbau, so wird deutlich, daß im Revier die Produkte dominieren, die bei Stahl, im Bergbau und in der Energiewirtschaft zur Anwendung kommen. Die Bergbaumaschinen-Industrie liefert rund 40 Prozent ihrer Produktion auf den Weltmarkt. Sie hat dort eine Spitzenstellung, und zwar deshalb, weil Bewährtes und in der Praxis unter schwierigen Bedingungen Erprobtes angeboten werden kann. In Bergbaumaschinen werden beispielsweise komplexe mikroelektronische Steuerungen eingebaut, eine komplizierte Technik, die im Ruhrgebiet entwickelt und hier zur industriellen Anwendungsreife gebracht worden ist.

Nach einer in „Die Welt“ Ende 1987 veröffentlichten Umfrage bei den Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführern der 500 größten deutschen Unternehmen und Banken geben deshalb wohl nicht zufällig auch diese der Zukunft von Bergbau- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet einen höheren Rang als etwa der Büromaschinen- und EDV-Geräte-Branche. Auf die Frage: „Welche Branchen würden Sie dem Ruhrgebiet empfehlen?“, nannten rund zwei Drittel der Befragten als Zukunftsbranchen für die Ruhr den Maschinenbau und die Chemie. Rund ein Drittel empfahl die eisenschaffende Industrie, die Stahlverformung und den Bergbau.

Dabei kommt es nicht allein unter regionalpolitischen Gesichtspunkten darauf an, die Industriezweige Kohle und Stahl im notwendigen Umfang zu erhalten und zugleich dafür zu sorgen, daß auf dieser funktionsfähigen und unverzichtbaren Basis die Chance zur weiteren Entwicklung erhalten bleibt.

Über die erforderlichen Anstrengungen zur Wahrung der sozialen Interessen der Beschäftigten in der Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau und zur Sicherung der regionalen Zukunftsperspektiven hinaus geht es auch um den Erhalt einer Grundausstattung zur Stahlproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und um die dauerhafte Gewährleistung eines stabilen Sicherheitssockels an Energie aus heimischer Steinkohle. Das ist nämlich auch eine wesentliche Grundlage für den Schutz gegen Risiken und Gefährdungen unserer volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung.

Für die IG Bergbau und Energie hat immer die Einsicht im Vordergrund ihrer Überlegungen gestanden, daß langfristig volkswirtschaftliche, beschäftigungs- und regionalpolitische Zwecke mit der Kohlepolitik nicht erfolgreich verfolgt werden können, wenn nicht die energiepolitische Einsicht in die Notwendigkeit des Steinkohlenbergbaus in der Bundesrepublik im Hintergrund stünde.

Dies war auch der Ausgangspunkt des von der IG Bergbau und Energie am 20. Juli 1987 veröffentlichten „Überbrückungskonzepts für den deutschen Steinkohlenbergbau“. Es enthält Vorschläge zur Bewältigung der drängenden

Probleme des Steinkohlenbergbaus. Wie es unserer Tradition entspricht haben wir dabei, über die Wahrung der unmittelbaren sozialen Interessen der Bergleute und Mitglieder unserer Gewerkschaft hinaus, grundsätzliche energie- und regionalpolitische Erfordernisse zum Maßstab des notwendigen und verantwortbaren Lösungsweges gemacht.

Knapp sei an die Ursachen der tiefen Krise, in die der deutsche Steinkohlenbergbau spätestens seit Beginn des Jahres 1987 immer deutlicher geraten ist, erinnert: Der erhebliche Rückgang der Erzeugung von Rohstahl in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in den anderen stahlproduzierenden Ländern der Europäischen Gemeinschaft in den Jahren 1986 und 1987 war zugleich mit einem starken Absatzverlust für den deutschen Steinkohlenbergbau verbunden. Da die vertraglichen Lieferbeziehungen mit der Stahlindustrie das Prinzip der Bedarfsdeckung zur Grundlage haben und niemand erwarten kann, daß die Stahlwerke mehr Stahl erzeugen als sie selbst verkaufen können, war offenbar, daß dieser Absatzverlust in der Stahlindustrie selbst nicht aufzufangen sein würde. Zugleich bedrohten niedrige Ölpreise und der niedrige Importkohlepreis, die aus dem Überfluß des Augenblicks heraus entstanden sind, und die andererseits die Erfolge der Energiesparpolitik und der Politik „Weg vom Öl“ der vergangenen 13 Jahre widerspiegeln, den Absatz des Steinkohlenbergbaus überall dort, wo er in freier Konkurrenz mit anderen Energieträgern steht. Dieser Effekt wird nicht zufällig in der Bundesrepublik Deutschland ganz besonders spürbar, weil die in Dollar abgerechneten Öllieferungen durch den Kursverfall der amerikanischen Währung hier besonders billig angeboten werden.

Die Zukunft der Kohle: Gefahren und Chancen

Daraus entstandene Probleme allein wären schon schwierig genug zu bewältigen gewesen. Von fundamentalerer Bedeutung war, daß seit dem Beginn des Jahres 1987 von entscheidenden Politikern in der Bundesrepublik öffentlich und deutlich die Frage gestellt wurde, ob der deutsche Steinkohlenbergbau zur Sicherung der Energieversorgung überhaupt noch benötigt werde. Die Bedrohung des deutschen Steinkohlenbergbaus war damit aus den rein wirtschaftlichen Ursachen heraus und in das Geflecht politischer Entscheidungen hineingewachsen. Denn funktionierende Instrumente, die - wie vor allem der Jahrhundertvertrag mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen - dem deutschen Steinkohlenbergbau überhaupt erst die Funktion als Sicherheitspfeiler der Energieversorgung ermöglichen, wurden in Frage gestellt, mit der Gefahr, daß schließlich das gesamte System der Kohlepolitik zusammenzubrechen drohte.

Nicht nur die sozialen Konsequenzen für die Bergleute selbst, sondern auch die Folgen für die Regionen wären unübersehbar geworden. Denn es hätte den Verlust von 60 000 Arbeitsplätzen allein im Steinkohlenbergbau und die Gefährdung von weiteren fast 80 000 Arbeitsplätzen in dessen vor- und nachgelagerten Bereichen innerhalb einer sehr kurzen Zeit bedeutet. Allein im

Ruhrgbiet:, wo die Ruhrkohle AG in den Bergbaugemeinden einen Anteil an der Ausbildung von rund 20 Prozent hat, wären die Folgen für die Chancen junger Menschen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, katastrophal gewesen.

An diesen Ausgangsbedingungen muß das erst nach großem Einsatz und vielen phantasievollen Aktionen der Mitglieder der IG Bergbau und Energie schließlich in der Kohlerunde vom 11. Dezember 1987 erreichte Ergebnis gemessen werden: Anpassung an den verringerten Absatz des deutschen Steinkohlenbergbaus durch den Abbau einer Förderkapazität um 13 bis 15 Millionen Tonnen bis zum Jahr 1995, was allein bei der Ruhrkohle AG, die nach dem inzwischen auf dieser Grundlage erarbeiteten Anpassungskonzept zehn Millionen Tonnen davon tragen muß, den Abbau von rund 23 500 Arbeitsplätzen bedeutet.

Wichtig ist jedoch, daß trotz aller Probleme durch die in der Kohlerunde vereinbarte Streckung des Anpassungszeitraums bis 1995 sichergestellt werden konnte, daß dabei kein Bergmann arbeitslos wird. Durch diese Streckung sowie die regionale Verteilung der zu tragenden Lasten der Anpassung, vor allem aber auch durch die zugleich erreichten Grundlagen für die Sicherung der Entwicklungsperspektiven des Steinkohlenbergbaus wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die drückenden Probleme des Ruhrgebiets nicht noch zusätzlich verschärft werden.

Einen maßgeblichen Beitrag dazu leistet die IG Bergbau und Energie und leisten vor allem die Bergleute selbst durch zusätzlich vereinbarte tarifvertragliche Bestimmungen. Die IG Bergbau hat als erste Gewerkschaft überhaupt einen Tarifvertrag über die Einschränkung von Mehrarbeit abgeschlossen. Außerdem wurde inzwischen ein System zeitlich befristeter Teüzeitarbeit nach Beendigung der Ausbildung geschaffen. Gerade das war für die IG Bergbau und Energie keineswegs leicht und schon gar nicht selbstverständlich, bedeutet es doch, daß von den jungen Leuten im Bergbau weitere, ganz persönliche Lasten getragen werden müssen. Allein diese Regelung gewährleistet jedoch, daß auch künftig alle jungen Leute nach Beendigung der Ausbildung von der Ruhrkohle AG in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Damit wird zugleich ein unmittelbar wirksamer Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes der Region geleistet.

Wenn sichergestellt werden soll, daß die Bewältigung der Probleme des Steinkohlenbergbaus wirklich in sozialverträglicher Weise bis 1995 gelingt und diese Zeitspanne genutzt wird, inzwischen angekündigte regionalpolitische Ziele zu erreichen, dann tragen viele Verantwortung dafür, daß entscheidende und notwendige Voraussetzungen geschaffen werden.

Erforderlich ist vor allem, daß schon bald die in der Kohlerunde noch nicht abschließend behandelten Fragen der Sicherung der Grundlagen des Jahrhundertvertrages gelöst werden. Eine Gefährdung dieses funktionierenden Systems, wie es nach bekannt gewordenen Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums immer noch befürchtet werden muß, würde nicht nur das Ergebnis

der Kohlerunde aufs Spiel setzen, sondern auch den Effekt der inzwischen für die regionale Entwicklung des Ruhrgebiets darüber hinaus angekündigten Maßnahmen in Frage stellen.

Ohnehin ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, die im Ruhrgebiet notwendig sind, um die in der Steinkohle und Stahlindustrie wegfallenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu ersetzen, eine immense Aufgabe, die Klarheit im Ziel und viel Phantasie von denjenigen erfordert, die dafür Verantwortung tragen. Angesichts der bereits sehr hohen Arbeitslosigkeit, aber auch im Zusammenhang mit technologischen Entwicklungen und mit Veränderungen der weltweiten Arbeitsteilung sowie dadurch veränderter Wachstums- und Konjunkturbedingungen sind die Voraussetzungen heute wesentlich ungünstiger als noch zum Ende der sechziger Jahre. Seitdem ist manche Chance nicht genutzt worden, was sicherlich auch mit wechselnden Konjunkturlagen aufgrund der Dollarkursentwicklung und mit Veränderungen der Position der Steinkohle aufgrund der Entwicklungen auf den Weltenergiemärkten zusammenhing. Und auch Investitionen, die von den Unternehmen der Region inzwischen in andere Bereiche außerhalb des Ruhrgebiets gelenkt wurden, können heute nicht mehr einfach zurückgeholt werden.

Um so mehr kommt es darauf an, daß weiter bestehende Chancen und Möglichkeiten erkannt und in notwendiger Übereinstimmung zwischen den Verantwortlichen genutzt werden. Ein besonders wichtiges Beispiel dafür, daß es realistische Ansatzpunkte gibt, Neues an die Stelle des Alten zu setzen, sei erwähnt: der Bereich der Umweltschutztechnik und der Entsorgung von Altlasten.

Das Ruhrgebiet leidet wie andere Montanregionen auch unter seiner industriellen Vergangenheit. Altlasten, die zugleich die Nutzung knapper Flächen behindern, müssen beseitigt, die entsprechenden Gebiete müssen saniert werden. Ignorieren läßt sich das Problem nicht mehr, und Techniken dafür stehen zur Verfügung. Ihre weitere Entwicklung und Anwendung kann einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung im Ruhrgebiet leisten.

Die Perspektiven für das Ruhrgebiet stehen durchaus nicht ungünstig, Chancen sind vorhanden. Neben den Zahlen sind auch die Zeiträume bekannt, in denen im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie weitere Arbeitsplätze wegfallen werden. Diese Zeit muß unbedingt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden. Gewerkschaften können dies nicht leisten, schon gar nicht allein. Notwendig sind vielmehr politische Initiativen und darauf basierende staatliche und unternehmerische Maßnahmen.

Es kommt dabei nicht nur auf den politischen Willen an, sondern auch auf Beweglichkeit und auf die Fähigkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Beteiligten - einschließlich der Gewerkschaften. Die Aussichten, zu den gewünschten Ergebnissen zu kommen, sind nach dem Verlauf der Ruhrgebietskonferenz in Bonn besser geworden. Jetzt gilt es, daß alle Beteiligten bei

der Umsetzung und Realisierung der getroffenen Entscheidungen im Interesse des Gesamten auch die erforderliche Bereitschaft zur Klarheit im Detail aufbringen.